

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 28.Januar 2025

Martin Habersaat

Gemeinschaftsschulen brauchen Möglichkeiten

TOP 16: Flex-Konzept wie beschlossen evaluieren und ausbauen (Drs. 20/3995)

Bevor ich inhaltlich werde, möchte ich mit etwas Grundsätzlichem anfangen: Wer einen einstimmigen Landtagsbeschluss ignoriert, missachtet nicht nur einen klaren parlamentarischen Auftrag. Er schwächt auch das Vertrauen in die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen. Das sollte auch bei den regierungstragenden Fraktionen, auch bei der CDU, Unbehagen auslösen.

Jetzt zur Sache: Schulen sollen es Schülerinnen und Schülern ermöglichen, ihr Potenzial zu entfalten. Sie sollen das Gelingen organisieren und nicht das Misslingen dokumentieren. Das ist jedenfalls mein Ansatz von Bildungspolitik. Dafür brauchen Schulen Möglichkeiten. Zu den besonderen Möglichkeiten von jedenfalls einigen Gemeinschaftsschulen gehört es, Flexklassen oder Praxisklassen einzurichten.

Eine Flexklasse (Flexible Ausgangsphase) an Gemeinschaftsschulen ist ein spezielles Förderangebot, bei dem der Lernstoff der Klassen 8 und 9 auf drei Jahre gestreckt wird. Sie richtet sich an Schüler:innen, die den Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss (ESA) anstreben, aber mehr Zeit und individuelle Unterstützung benötigen. Ergänzt wird dieses Modell durch

- verstärkte betriebliche und praktische Anteile,
- zusätzliche Angebote zur beruflichen Orientierung – und ein besonders handlungsorientiertes Arbeiten.

Praxisklassen sind noch stärker eine Alternative zur Regelschule. Hier erhalten Jugendliche in sechs Trimestern die Möglichkeit, an drei Tagen in der Woche in einem Betrieb zu arbeiten und an zwei Tagen in der Schule zu lernen. Der Unterrichtsstoff bezieht sich auf die Praxiserfahrungen und ist ausgerichtet auf die Abschlussprüfungen. Wenn Sie mich fragen, müssten möglichst alle Gemeinschaftsschulen über dieses Instrumentarium verfügen.

Im Mai 2024 hat dieser Landtag einstimmig einem Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen zugestimmt. Wir haben die Landesregierung darin aufgefordert, das bestehende Flex-Konzept an Gemeinschaftsschulen zu evaluieren und perspektivisch auszuweiten. Einstimmig. Umso erstaunlicher – und ehrlich gesagt auch irritierender – ist es, dass die Landesregierung nun auf eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion erklärt, eine „Evaluation der Flex-Maßnahmen sei nicht geplant“.

Das ist nicht nur fachlich fragwürdig. Das ist vor allem politisch nicht akzeptabel. Gerade für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler und für junge Menschen mit einer gewissen Schulumüdigkeit können diese Konzepte den entscheidenden Unterschied machen. Es geht darum, nicht frühzeitig auszusortieren, sondern gezielt zu fördern. Nicht um Absenkung von Anforderungen, sondern um realistische Wege zum Abschluss.

Und Evaluationen brauchen wir, um steuern zu können. Kann ein Konzept wie das Flex-Konzept Schleswig-Holstein dabei helfen, bei den Schülerinnen und Schülern ohne ESA nicht mehr schlechter zu sein als der Bundesschnitt? Was muss ausgeweitet werden und wie? Wo braucht es Nachsteuerung? All das beantwortet man nicht mit Bauchgefühl, sondern mit einer Evaluation.

Umso unverständlicher ist die Haltung der Landesregierung, diesen Schritt nun schlicht nicht gehen zu wollen. Wie ja leider auch schon beim DaZ-Bereich, wo Sie sich entschieden haben, zu kürzen und die versprochene Evaluation sein zu lassen. Oder bei der Streichung von sechs Stunden in der Sekundarstufe I der Gemeinschaftsschulen. Auch hier: Lieber nicht genauer hinsehen.

Beinahe jede zehnte Schülerin und jeder zehnte Schüler verlässt in Schleswig-Holstein die Schule ohne ESA. Gleichzeitig klagen Betriebe im ganzen Land über akuten Fachkräftemangel. Hier liegen zwei der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit direkt nebeneinander. Lassen Sie uns beide zugleich anzugehen. Und vermitteln Sie nicht den Eindruck, als Landesregierung das Parlament nicht so richtig ernst zu nehmen.